

Das sie in ernsthaften Schwierigkeiten steckten, erfuhren die Mitarbeiter des rheinischen Serviettenherstellers Fasana von den firmeneigenen Druckern. Am 19. Mai 2025 spuckten die nur noch Erpresserbriefe aus. Zeitgleich wurden sämtliche Rechner gesperrt. „Es ging nichts mehr“, berichtete ein Mitarbeiter gegenüber der „Kölnischen Rundschau“. Produktion, Vertrieb, Verwaltung, alles war lahmgelegt. Zwei Wochen brauchte das Unternehmen aus Euskirchen, um seine Rechner wieder flott zu kriegen. Zwei Wochen, in denen man nach Angaben im „Kölner Stadtanzeiger“ Umsatz in Höhe von zwei Millionen Euro verlor. Schließlich liefen die Computer wieder, aber die Firma musste trotzdem wegen Zahlungsunfähigkeit Insolvenz anmelden. In den folgenden Monaten bemühte sich der Insolvenzverwalter um einen Käufer, der der mehr als 100 Jahre alten Firma und ihren 240 Mitarbeitern eine Zukunftsperspektive hätte eröffnen können. Er blieb erfolglos. Zum 31. Dezember 2025 schloss das Traditionsunternehmen, das die Wirtschaftskrisen der 1920er-Jahre und den Zweiten Weltkrieg gut überstanden hatte, für immer seine Tore.

HELMUT KROKER

Fasana ist ein besonders drastisches Beispiel für einen Ransomware-Angriff, eine Cybercrime-Sparte, die weltweit auf dem Vormarsch ist. Dabei verschlüsseln Cyberkriminelle die IT-Systeme einer Firma, stehlen überdies oft noch sensible Firmendaten, und geben beides erst nach Zahlung eines Lösegelds wieder frei. „Solche Angriffe bleiben in Deutschland weiterhin die größte Bedrohung mit der größten Schadwirkung. Insbesondere was Daten-Leaks angeht, beobachten wir auch einen Anstieg“, betonte Claudia Plattner, die Präsidentin des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, auf der Vorstellung des aktuellen Lageberichts zur IT-Sicherheit im vergangenen November.

Die offiziellen Zahlen klingen gar nicht einmal so beunruhigend. 2024 wurden beim Bundeskriminalamt 950 solcher Ransomware-Angriffe auf deutsche Firmen angezeigt, ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Das Problem: Diese Fälle sind nur die Spitze des Eisbergs. „Wir gehen davon aus, dass das Dunkelfeld um ein Erhebliches größer ist, möglicherweise um das Zehnfache“, erklärte Bundesinnenminister Alexander Dobrindt bei der Vorstellung des BSI-Lageberichts. IT-Sicherheitsfirmen, deren Geschäftsmodell auf dem Schutz vor solchen Angriffen basiert, veröffentlichen denn auch weitaus spektakulärere Zahlen. So spricht der Hannoveraner Anbieter Hornetsecurity in seinem Ransomware-Survey davon, dass 2024 rund 18,6 Prozent der Unternehmen von solchen Angriffen betroffen waren. 2025 sollen es dann schon 24 Prozent gewesen sein.

Der Großteil dieser Angriffe richtet sich mittlerweile gegen kleine und mittlere Unternehmen. Das BSI spricht davon, dass 80 Prozent der Fälle in diese Unternehmenskategorie fallen. Damit sind gerade die Firmen ins Fadenkreuz der Kriminellen geraten, die vergleichsweise wenig Vorsorge treffen. „Oftmals herrscht ja die Idee vor, kleinere oder mittlere Unternehmen würden nicht im Zentrum solcher Angriffe stehen, seien zu unbedeutend und so weiter“, betonte

Innenminister Dobrindt im November, „aber es sind gerade diese mittelständischen Strukturen, die sich für Erpressungen eignen.“

Tatsächlich stellte lange Zeit die geringe Größe und damit auch Sichtbarkeit eines Unternehmens im Netz einen gewissen Schutz dar. Doch das hat sich geändert, weil große Unternehmen sich inzwischen mit er-

heblichem Aufwand gegen Cyberattacken schützen. Ein erfolgreicher Angriff auf sie ist zwar weiterhin sehr lukrativ, aber für einen solchen Erfolg ist auch ein erheblicher Aufwand nötig. Wenn sie nicht in staatlichem Auftrag geschieht, wird Cyberkriminalität heutzutage aber vornehmlich als Geschäft betrieben. Als gute Geschäftsleute suchen sich die Angreifer die Ziele mit dem besten Verhältnis von Aufwand zu

Ertrag und nehmen deshalb kleine und mittlere Unternehmen ins Visier. „Angreifer suchen gezielt nach den verwundbarsten Angriffsflächen. Wir haben festgestellt, dass die cyberkriminellen Akteure in der Tat genau dort angreifen, wo es am einfachsten ist“, sagt BSI-Präsidentin Claudia Plattner. Viele Firmen sind nach wie vor unzureichend geschützt, schlecht vorbereitet oder

schlecht informiert. Unter den rund 2,2 Millionen Klein- und Kleinfirmen mit weniger als 50 Beschäftigten, die die Mehrzahl der deutschen Unternehmen ausmachen, scheint ein hoher Prozentsatz dazuzugehören. Laut der aktuellen TÜV-Cybersicherheits-Studie spielt für ein Drittel von ihnen Cybersicherheit keine oder nur eine kleine Rolle. „An vielen Stellen ist die Einsicht noch gar nicht angekommen und man wiegt

Leichtes Spiel für Cyberkriminelle

Lange wähten sich mittelständische Unternehmen sicher vor Hackerattacken. Das ist vorbei, denn die Angreifer suchen gezielt nach den schwächsten Opfern. Viele Firmen sind nach wie vor schlecht geschützt oder handeln schlicht sorglos



IT-Angriffe kommen ohne Vorwarnung, scheinbar aus dem Nichts. Wer nicht vorgesorgt hat, wird innerhalb von Sekunden handlungsunfähig

sich in trügerischer Sorglosigkeit“, kritisiert Plattner. In Zeiten, in denen Vernetzung und Digitalisierung die Betriebe so angreifbar wie noch nie machen, kann sich diese Nonchalance sehr schnell rächen.

Nach allem, was bisher bekannt wurde, ist sie dem Euskirchener Serviettenhersteller Fasana zum Verhängnis geworden. Wie die Erpresser in die Systeme der Firma gelangten, ist bislang nicht öffentlich bekannt geworden, aber sie konnten ihren Zugriff offenbar auf alle IT-Anlagen ausdehnen, ohne dass das Opfer etwas von dem Angriff ahnte. Nachdem die Computer erst einmal verschlüsselt worden waren, fehlten dem Unternehmen anscheinend sowohl ein Notfallplan als auch die notwendigen Instrumente, ihn zügig umzusetzen. Selbst Backups der Betriebsdaten scheint es nicht gegeben zu haben.

Dabei gibt es Ratgeber und Pflichtenhefte zuhauf, wie ein Cyber-schutz durchzuführen ist. Zentral ist deshalb vor allem eine entsprechende Einstellung bei allen Mitarbeitern bis hoch in die Unternehmensleitung. Schließlich spielt der „Faktor Mensch“ eine große Rolle, wenn Cyberangriffe gelingen. Der umfangreiche Sicherheitsbericht des US-Datendienstleisters Verizon Business wertete 2025 mehr als 20.000 Sicherheitsvorfälle weltweit aus: Bei 60 Prozent war der „Faktor Mensch“ in irgendeiner Weise beteiligt. Von der Betriebsführung muss daher das Signal ausgehen, dass IT-Sicherheit höchste Priorität hat, jeden angeht und gerade nicht ausschließlich die Sache der Computer-Nerds ist. Und bei den Mitarbeitern muss das Bewusstsein wachsen, dass selbst die unauffälligste Schwachstelle genügt, um einem alerten Angreifer den Zugang zur Firmen-IT zu ermöglichen.

Denn Cybercrime ist inzwischen eine hochprofessionelle Branche, der dank umfassenden Computereinsatzes kaum noch etwas entgeht. „Die Branche ist hochgradig organisiert“, erklärt Waldemar Bergstreiser, General Manager für den deutschsprachigen Raum beim IT-Sicherheitsunternehmen Kaspersky, „Zugänge, Daten und Angriffswerkzeuge werden arbeitsteilig gehandelt und kombiniert. Die aktuellen Zahlen zeigen deutlich, wie erfolgreich dieses Modell ist.“ Die Schwachstellen-suche wie auch die daraus abgeleiteten Angriffe laufen mittlerweile häufig KI-gesteuert ab.

Mit solch ausgefeilten Taktiken mithalten zu können, fällt vielen mittelständischen Firmen naturgemäß schwer. Um so wichtiger sind proaktive Maßnahmen, um den Aufwand für potenzielle Angreifer so hochzutreiben, dass sie sich abwenden. „Entscheidend ist, digitale Angriffsflächen kontinuierlich zu überwachen und Risiken frühzeitig zu schließen“, so Bergstreiser, „denn schon ein einzelner ungesicherter Zugang kann ausreichen, um ein Unternehmen für Angreifer interessant zu machen.“ Weil automatisierte Angriffe kaum etwas kosten und in schier unendlicher Zahl durchgeführt werden können, darf sich keine Firma mehr auf ihre Unauffälligkeit im Netz allein verlassen. „Mittelständische Unternehmen sollten die Lage ernst nehmen und entsprechende Maßnahmen zur Absicherung ihrer Betriebe konsequent umsetzen“, mahnt Dirk Achenbach, Projektleiter der Transferstelle Cybersicherheit im Mittelstand. Alles andere wäre reines Glücksspiel.

„Unternehmen werden von KI-Bewerbungen regelrecht überrollt“

Wenn die Gehaltsverhandlung von der Maschine erledigt wird: KI hat auch den Jobmarkt voll erfasst. Das stellt ganz neue Herausforderungen an die Talentsuche

Auch bei der Karriereplanung wird vermehrt KI eingesetzt. Warum das für Mittelständler ein Problem sein kann, erklärt der Personalberater Ralph Dannhäuser aus Stuttgart.

ROLAND WILDBERG

WELT AM SONNTAG: Wie wirkt sich KI auf die Personalsuche mittelständischer Unternehmen aus?

RALPH DANNHÄUSER: Insofern, dass die Firmen gerade von Bewerbungen regelrecht überrollt werden. Das liegt auch an der KI: Sie schafft sozusagen Waffengleichheit, indem Bewerber mit ihr jetzt Technologie einsetzen, so wie es viele Unternehmen bei Suche und Filterung schon tun.

WAMS: Wie nutzen Bewerber die KI?
DANNHÄUSER: Das fängt mit ChatGPT für Bewerbungsschreiben an. Aber es gibt noch ganz andere Modelle, die Ih-

nen komplette Lebensläufe so bauen, dass sie auf die Jobbeschreibungen passen. Da erkennen Sie keine Unterschiede mehr. Alles geleckt und gelackt, die können sie alle in der Tonne treten.

WAMS: Was können die Programme?
DANNHÄUSER: Denen geben Sie Ihren Lebenslauf, markieren die Anforderungen aus der Jobbeschreibung, dann passt die KI das an, schön die Erfahrungen, dass es super matcht. Bewerbungen lassen sich so in Sekunden erstellen, automatisiert auf Inserate zuschneiden, massenhaft und parallel versenden. Der Aufwand pro Bewerbung sinkt gegen null. Wer das liest, denkt: Mensch, 100% Treffer, da stimmt ja alles! Wenn man dann später ins Gespräch geht, ins Assessment-Center, ins Live-Interview, ins Kennenlernen, ins Probearbeiten sogar noch, dann schaut die Welt anders aus.

WAMS: Wie kam es zu diesem Exzess?
DANNHÄUSER: Das ist kein Betrug,

sondern die Reaktion auf geringe Rückmeldequoten im Markt, stark automatisierte Auswahlprozesse durch Applicant-Tracking-Systeme und Keyword-Filter. Und letztendlich fehlende Transparenz, warum Bewerbungen am Ende scheitern. Das Ergebnis: Massive Zunahme an formal gut passenden Bewerbungen, sinkende Aussagekraft von Lebensläufen und Anschreiben, hoher Screening-Aufwand bei gleichzeitig geringer Trefferquote. Und im Endeffekt Frustration auf beiden Seiten.

WAMS: Was hilft dagegen?
DANNHÄUSER: Sie müssen erkennen: Was hat die Maschine gemacht, was der Mensch. Wir müssen daher schnell in Interaktion kommen, Webinterview, Live-Treffen etc. Die Dinge, die man jetzt auf dem Schreibtisch hat, haben weniger Aussagekraft als früher, weil sie maximal geschliffen wurden. Oft ist es nur ein Märchenschloss. Und oft steckt dahinter überhaupt kein Mensch!

WAMS: Wie bitte?
DANNHÄUSER: Kunden berichten: Auf die Bewerbung schicken sie eine Mail oder rufen an, aber am anderen Ende ist keiner da. Für viele Mittelständler neu: Bewerbungen von künstlichen Identitäten mit KI-generierten Fotos, minimalen oder kopierten LinkedIn-Profilen und wechselnden Telefonnummern. Im Ausland sehen wir das häufiger, mögliche Motive sind Spionage, Betrug, Suche nach Einfallstoren ins IT-System. Das wird hierzulande wohl auch zunehmen.

WAMS: Als ob es nicht schon genug andere Probleme gäbe...
DANNHÄUSER: Und es kommt noch mehr: Im Ausland gibt es schon den KI-Agenten, der Sie bei der Arbeit beobachtet. Ändert sich zum Beispiel Ihr E-Mail-Verhalten bei der Arbeit oder telefonieren Sie häufiger mit Freunden, schlägt er Ihnen vor: „Du scheinst nicht so zufrieden hier, soll ich Dir bis morgen früh fünf Jobangebote aus der Region ma-

chen?“ Später spuckt die Maschine die Angebote aus und fragt: „Soll ich die gleich anschreiben, Lebenslauf und alles fertig machen?“ Sie lehnen sich im Stuhl entspannt zurück, machen eigentlich gar nichts mehr, sondern orchestrieren nur noch das Geschehen. Die nächste Evolutionsstufe ist dann: Ihr KI-Assistenten der neuen Firma. Die Arbeitgeber rüsten ja auch auf. Das heißt, jetzt spricht Assistent mit Assistent. Und dann machen die alles fertig, bis zur Gehaltsverhandlung. Erst die Vertragsunterschrift machen Sie dann persönlich. Dahin geht die Reise.

WAMS: Mit Individualität hat das nicht mehr viel zu tun.
DANNHÄUSER: Die KI bringt aber auch etwas: Wenn Sie in der Bewerbung Formalien verletzen, dann flogen Sie ja schon im Forescreening durchs Raster. Der KI ist es aber wurscht. Das bedeutet, jetzt bekommen Menschen eine

Chance, die nicht jeden Tag Lebensläufe schreiben, die nur in ihrer Domäne Experten sind, und darauf kommt es an. Jetzt wird es transparent, jetzt können viel mehr durchgesehen werden, unabhängig meiner Einstellung: Schwarz, Blau, Grün oder Rot, Geschlecht, Alter. Das ist doch ein Mega-Vorteil, auch für kleine Unternehmen. Ein Praxis-Fall: Ein hoch qualifizierter, extrem spezialisierter Entwicklungsingenieur bewarb sich bei einem Weltmarktführer auf der Schwäbischen Alb. Allerdings mit einem Fehler: Ausgerechnet das Wort „Ingenieur“ war konsequent falsch geschrieben. Der Geschäftsführer sagte damals zu mir: Wenn jemand nicht einmal weiß, wie man Ingenieur schreibt, ist das nichts. Wir haben trotzdem darauf bestanden, mit ihm zu sprechen. Am Ende war er der mit Abstand beste Bewerber – fachlich, analytisch, lösungsorientiert. Moral: Wer sich nur auf Unterlagen verlässt, verzichtet auf genau das, was entscheidend ist: echtes Potenzial.

WELT AM SONNTAG

15. MÄRZ 2026 | NR. 11

DEUTSCHLANDS GROSSE SONNTAGSZEITUNG | GEGRÜNDET 1948

Frühauflage

ZEITUNG VON MORGEN

PREIS D € 5,90

WIE WAR DAS NOCH?

So lässt sich das Abschwefeln zähmen

Seite 55

Sandra Hüller im Höhenflug

Von Bochum zu Hollywoods Sternen

Seite 41



GRÜNES GLÜCK

Wenn die Forsythien blühen, beginnt die Arbeit im Garten – und das Vergnügen. Experten sagen, was jetzt zu tun ist. Und wir zeigen Schönes für entspannte Stunden im Freien

Seiten 37 und 48

Matthäus blickt zurück

Der Weltmeister über die Harmonie von 1990

Seite 40

IM GESPRÄCH MIT SELENSKY

Warum Kiew jetzt nicht nachgeben will

Seite 9

INHALT

Unrecht? Ohne Folgen

Der frühere Wärter eines Foltergefängnisses in Belarus lebt jetzt unbehelligt in Schwern

Seite 8

WMP Kaum Freundschaft

Vor dem Turnier 2026 wachen Misstrauen und Drohungen zwischen USA, Kanada und Mexiko

Seiten 13-16

Bayern? Mit Herz

Vizekanzler Lars Klingbeil über Fanliebe, „Mia san mia“ – und Politik im Stadion

Seite 29

Ufo? Meist indisch

Vizekanzler Lars Klingbeil über Erscheinungen, Whistleblower – und erste Beweise

Seite 57

COVID-MASSNAHMEN

Pandemie-Klagen meist erfolglos

Fast fünf Jahre nach Beginn der Pandemie sind die meisten Gerichtsverfahren zur Überprüfung der Corona-Maßnahmen abgeschlossen. Eine Abfrage von WELT AM SONNTAG bei allen Oberverwaltungsgerichten zeigt: Nur in wenigen Fällen hatten Kläger Erfolg. Schon im ersten Verfahren hatten die Gerichte die meisten Maßnahmen bestätigt. Auch in den Hauptverfahren blieb es überwiegend dabei, häufig ohne mündliche Verhandlung und ohne Anhörung von Sachverständigen. In Baden-Württemberg bekamen drei von zwei Anträgen Recht, in Nordrhein-Westfalen drei von 388 zumindest teilweise. In vielen Ländern hatte kein Antrag Erfolg.

Seite 6

RHEINLAND-PFALZ

Schweitzer warnt vor der AfD

Alexander Schweitzer (SPD), Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, sieht in der AfD eine der größten Herausforderungen für die liberale Demokratie seit Jahrzehnten. Er sei eine Partei mit einem durch und durch rechtsradikalen Kern, sagte er im Interview mit WELT AM SONNTAG. Auch die CDU sei hier gefordert: „Die Geschichte der AfD begann mit frustrierender CDU-Mitgliedern und ist bis heute davon geprägt, dass da Menschen sind, die ihren Hass auf die CDU in ein Parteiprogramm überführt haben“, so Schweitzer. Man müsse rechtsradikale Positionen gemeinsam bekämpfen.

Seite 3

Immer mehr wehrfähige Ukrainer in Deutschland

Fast 350.000 ukrainische Männer im Alter zwischen 18 und 63 Jahren sind in die Bundesrepublik geflüchtet. Für viele gilt in ihrer Heimat ein Ausreiseverbot. Die Union fordert Gegenmaßnahmen

Die Zahl ukrainischer Männer im Alter zwischen 18 und 63 Jahren in Deutschland ist binnen eines Jahres deutlich gestiegen. Das zeigen Auswertungen auf Grundlage von Daten des Ausländerzentralregisters. Wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) WELT AM SONNTAG mitteilte, hielt sich zum Stichtag 9. März 2026 insgesamt 1.340.366 Personen in Deutschland auf, die im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg eingereist waren. Darunter befanden sich 520.520 Männer und 500.393 Frauen im Alter zwischen 18 und 63 Jahren. Ein Jahr zuvor waren es noch 297.660 Männer dieser Altersgruppe gewesen. Binnen zwölf Monaten stieg ihre Zahl damit um rund 52.000 Personen. Die Zahl der Frauen zwischen 18 und 63 Jahren erhöhte sich im selben Zeitraum um knapp 24.000.

RICARDO BREYTON UND PHILIPP WOLDIN

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt eine Auswertung der Bundesagentur für Arbeit für die Altersgruppe der 15- bis 64-Jährigen. Dort beträgt der Männeranteil inzwischen rund 41 Prozent; im Mai 2022 lag er noch bei 26 Prozent. Die Zahlen sind politisch sensibel, weil für viele ukrainische Staatsbürger im wehrpflichtigen Alter seit der Generalmobilmachung Einschränkungen bei der Ausreise gelten. Zunächst betraf dies Männer zwischen 18 und 60 Jahren. Im August lockerte Kiew die Regelungen teilweise. Seither dürfen junge Männer bis zu 22 Jahre das Land ver-

lassen. Eine Möglichkeit, die ab Herbst intensiv genutzt wurde, wie das Bundesinnenministerium feststellte. Auch zuletzt kamen weiterhin männliche Flüchtlinge nach Deutschland. Wie das BAMF mitteilte, wurden im zentralen Registrierungssystem FREE im Februar 8783 ukrainische Schutzsuchende von den Bundesländern erfasst, darunter 4302 männliche Flüchtlinge einschließlich Minderjähriger.

Hochrechnungen gehen von Hunderttausenden geübten Soldaten auf beiden Seiten aus. Ich habe Verständnis für jeden Menschen, der sich diesem Getriebe durch Flucht entzieht“, sagte die Linke-Expertenin Clara Bünger WELT AM SONNTAG. Aus der Union wird hingegen Kritik laut. „Wehrfähige junge Männer aus der Ukraine gehören nicht ins deutsche Sozialleistungssystem“, sagte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Alexander Throm (CDU). Andere europäische Staaten wie Polen hätten ihre Leistungen längst angepasst. Throm fordert zudem eine gerechte Verteilung der Ukraine-Flüchtlinge innerhalb Europas.

Auch Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) äußerte sich besorgt über die starke Zuwanderung ukrainischer Männer. Die Ukraine müsse dafür Sorge tragen, „dass junge Männer nicht mehr in die Europäische Union auswandern können“ – zumindest nicht in dem bisherigen Ausmaß, sagte er im Januar der Deutschen Welle. Eine Sprecherin seines Hauses erklärte in dieser Woche, man finde sich „im Austausch mit den ukrainischen Partnern“. Ende 2025 brachte das Kabinett eine rechtliche Neure-

gung auf den Weg. Ukrainer, die nach April 2025 nach Deutschland eingereist sind, sollen künftig wie andere Asylbewerber behandelt werden. Ihre Bedürftigkeit wird geprüft, das sogenannte Schonvermögen wurde auf 200 Euro abgesenkt. Heißt: Erst müssen eigene Mittel – auch Autos oder Uthren – eingesetzt werden, bevor staatliche Leistungen fließen. Demnächst soll der Bundesstag dazu entscheiden.

Asylrechtsexperte Daniel Thym von der Universität Konstanz erwartet allerdings nicht, dass der Effekt auf den Zuzug allzu groß sein werde. „Dafür sind die Kürzungen schlicht zu gering, während die sonstigen Aufnahmebedingungen weiterhin vergleichsweise attraktiv sind.“ 321.000 Ukrainer sind inzwischen in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das geht aus Daten der Bundesagentur für Arbeit von Januar hervor. Dabei finden ukrainische Männer deutlich schneller in den Arbeitsmarkt als Frauen. Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sieht die Gründe vor allem in fehlenden Kinderbetreuungsangeboten sowie in unterschiedlichen Berufsprofilen und Zugangshürden. Die Grünen sehen in der Aufnahme eine Zukunftsinvestition. „Wer heute hier lernt und arbeitet, kann morgen beim Wiederaufbau der Ukraine helfen. Deshalb liegt es auch in unserem europäischen Interesse, diesen Menschen Chancen zu eröffnen“, sagt der Osteuropabeauftragte Robin Wagner. AfD-Innenpolitiker Gottfried Curio hingegen spricht von einer „Überleistung des deutschen Versorgungsangebots“ für Ukrainer. Dieses müsse man revidieren.

STIEGENDE PREISE

Öl-Krise erhöht Reformdruck

Angesichts des Iran-Kriegs fordert die Wirtschaft von der Politik schnelle Strukturreformen. „2026 muss das Jahr der Reformen werden“, sagt Jörg Dittrich, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZdH). Er warnt davor, geopolitische Unsicherheiten oder Landtagswahlen als Vorwand zu verwenden, um Entscheidungen aufzuschieben. Clemens Pries, Präsident des Ifo-Instituts, führt davon aus „dass der Reformdruck auf die Regierung steigen wird. Meine Erwartung ist, dass sich auch die SPD bewegt.“

Seite 2/3

IRAN

USA: Modschtaba Chamenei verletzt

Irans neuer oberster Führer Modschtaba Chamenei ist nach Angaben von US-Verteidigungsminister Pete Hegseth verletzt. Die USA wüssten, dass er „verwundet und wahrscheinlich entstellt“ sei, sagte Hegseth. Um was für Verletzungen es sich handle und wie es dazu gekommen sei, führte er nicht aus. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hatte am Donnerstag gesagt, der 65-jährige Religionsführer könne „sein Gesicht nicht in der Öffentlichkeit zeigen“. Modschtaba Chamenei soll bei einem israelischen Angriff verletzt worden sein.

Seiten 10 und 11

ZIPPERS WORT ZUM SONNTAG

Atomkraft, nein danke für gar nichts

Ursula von der Leyen, die Kaiserin von Europa, hat feierlich erklärt, dass die Abkehr von der Atomkraft ein strategischer Fehler war. Damit steht fest: Die Abkehr von der Atomkraft war ein strategischer Fehler. Deutschland kann sich also wieder zur Atomenergie hinhaken und muss dabei nicht auf irgendwelche veralteten und technisch unsicheren AKWs zurückgreifen, sondern kann sofort mit dem Bau von neuen Reaktoren beginnen. Dabei setzt man vor allem auf Mini-Reaktoren, die mit bloßem Auge nicht erkennbar sind, aber Unglaubliches leisten. Sie produzieren auch keinen Atomfall, sondern wandeln ihn ständig in neue Brennstäbe um. Zum Anfahren dieser Reaktoren benutzen man einfach Milliarden von Subventionsgeldern in kleinen Schritten, die dann in saubere Energie umgewandelt werden. Auch Markus Söder will viel Geld verbrennen, um den weltweit ersten richtigen funktionierenden Fusionsreaktor in Bayern an den Start zu gehen. Der arbeitet ähnlich wie die Sonne, wo es ständig

zu – allerdings kostenlos – Kernfusionen kommt. Man braucht dazu Temperaturen von über 100 Millionen Grad, die auch im bayerischen Hochsommer nur an ganz wenigen Tagen erreicht werden. Möglicherweise könnte ein Energielieferungsabkommen mit der Sonne hilfreich sein. Es wird auf jeden Fall noch einige Jahrzehnte dauern, bis Söder in die erste Bratwurst beissen kann, die mit Fusionsenergie gegrillt wurde. Und ob das alles überhaupt klappt, ist noch sehr ungewiss. Erfolgversprechender und sehr viel leichter zu bewerkstelligen wäre da auf jeden Fall der Bau einer Zeitmaschine, mit der ein Forscherteam ins Jahr 2011 zurückreist und Angela Merkel und Ursula von der Leyen auf irgendeine Art daran hindert, sich von der Atomkraft abzuhaken. Natürlich muss man mit solchen Eingriffen in die Zeit vorsichtig sein, unter Umständen könnte es nämlich passieren, dass dann Angela Merkels Fantasyroman „Freiheit“ aus den Läden verschwindet. Aber das wäre eigentlich kein strategischer Fehler.

A 4,60 € • B 6,60 € • C 11,20 € • L 6,60 € • H 1,80 € • CH 3,50 CHF • DK 50,50 DKK • PL 28,50 PLN

Kundenservice: 0800-926 75 37* Digitale Angebote: +49-5858-5382, E-Mail: digital@welt.de *Gebührenfrei aus dem deutschen Festnetz und von allen deutschen Mobilfunknetzen

ISSN 0949-7198

4 193356 605901 11

Advertisement for Wellendorff 2026. Text: 'Der Geburtstagsring. Wir feiern 133 Jahre.' Includes an image of a ring and a QR code.